

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XVII
Einleitung . . . . .	1
1. Kapitel: Bestandsaufnahme und Grundlagen . . . . .	5
A. Die zentralen kollisionsrechtlichen Rechtsgeschäfte . . . . .	5
B. Der Mechanismus zur Überprüfung der Parteiautonomie . . . . .	6
2. Kapitel: Aufteilung des Wirksamkeitsstatuts . . . . .	15
A. Überblick . . . . .	15
B. Entwicklung einer Aufteilungsregel . . . . .	16
C. Konkrete Aufteilung des Wirksamkeitsstatuts . . . . .	39
D. Vermeidung von <i>dépeçage</i> . . . . .	111
E. Die Wahl des Wirksamkeitsstatuts . . . . .	118
3. Kapitel: Konkludenz und Auslegung: Der objektive Erklärungstatbestand . . . . .	121
A. Überblick . . . . .	121
B. Konkludente zweiseitige Rechtswahlen . . . . .	123
C. Konkludente Rechtswahlen nach der EuErbVO . . . . .	197
D. Konkludente Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	223

4. Kapitel: Autonome AGB- und allgemeine Missbrauchskontrolle . . . . .	235
A. Überblick . . . . .	235
B. Die autonome AGB-Kontrolle . . . . .	236
C. Allgemeine Inhalts- bzw. Missbrauchskontrolle . . . . .	267
5. Kapitel: Funktionsweise des Art. 25 Abs. 1 S. 1 HS. 2 Brüssel Ia-VO . . . . .	275
A. Überblick . . . . .	275
B. Die Logik der Gesamtverweisung in Art. 25 Brüssel Ia-VO . . . . .	276
C. Das Prorogationsstatut bei drittstaatlichen Prorogationen . . . . .	283
D. Verallgemeinerungsfähigkeit der Struktur des Prorogationsstatuts . . . . .	286
Ergebnisse . . . . .	291
Literaturverzeichnis . . . . .	293
Sachregister . . . . .	309

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XVII
Einleitung . . . . .	1
1. Kapitel: Bestandsaufnahme und Grundlagen . . . . .	5
A. Die zentralen kollisionsrechtlichen Rechtsgeschäfte . . . . .	5
I. Schuldrecht . . . . .	5
II. Familien- und Erbrecht . . . . .	5
B. Der Mechanismus zur Überprüfung der Parteiautonomie . . . . .	6
I. Die Struktur des Wirksamkeitsstatuts . . . . .	6
1. Selbstständigkeit des kollisionsrechtlichen Rechtsgeschäfts . . . . .	6
2. Das gespaltene Wirksamkeitsstatut . . . . .	7
3. Schutz durch das Aufenthaltsrecht: Der Rechtsgedanke von Art. 10 Abs. 2 Rom I-VO . . . . .	8
4. Rechtshängigkeitsregeln im Prozessrecht . . . . .	9
5. Beweislast für das Vorliegen der autonomen Anforderungen . . . . .	9
II. Kollisionsrechtliche Interessenslage beim Wirksamkeitsstatut . . . . .	10
1. Ordnungsinteressen . . . . .	10
a) Harmonisierung des Kollisionsrechts durch den europäischen Gesetzgeber . . . . .	10
aa) Gewährleistung eines einheitlichen Ergebnisses vor den mitgliedstaatlichen Gerichten . . . . .	10
bb) Harmonisierung durch autonome Anforderungen für kollisionsrechtliche Rechtsgeschäfte . . . . .	11
b) Entscheidungseinklang mit dem prorogierten Gericht . . . . .	12
2. Individualinteressen . . . . .	13
a) Interesse an nachvollziehbaren Wirksamkeitsvoraussetzungen . . . . .	13
b) Schutz vor Überraschung . . . . .	13
c) Schutz der strukturell schwächeren Partei . . . . .	14

2. Kapitel: Aufteilung des Wirksamkeitsstatuts . . . . .	15
A. Überblick . . . . .	15
B. Entwicklung einer Aufteilungsregel . . . . .	16
I. Struktur des Problems . . . . .	16
1. Die lex fori bzw. „autonome Anforderungen“ als ausschließliches Wirksamkeitsstatut? . . . . .	16
2. Das gewählte oder prorogierte Recht als ausschließliches Wirksamkeitsstatut? . . . . .	18
3. Zwischenfazit . . . . .	18
II. Anhaltspunkte für die Aufteilung im Gesetz . . . . .	19
1. Ausdrückliche gesetzliche Aufteilungsregeln . . . . .	19
2. Autonome rechtsgeschäftliche Anforderungen im Gesetz . . . . .	22
3. Fazit zu den Anknüpfungspunkten für eine Aufteilung im Gesetz . . . . .	24
III. Herkömmliche abstrakte Aufteilungsansätze . . . . .	25
IV. Universelle Aufteilungsregel . . . . .	28
1. Prämisse . . . . .	28
2. Formulierung der Regel . . . . .	30
a) Orientierung am Schiedsrecht . . . . .	30
b) Erster Teil der Aufteilungsregel . . . . .	32
c) Zweiter Teil der Aufteilungsregel . . . . .	34
d) Zusammenfassung der Regel . . . . .	36
3. Einwände? . . . . .	37
C. Konkrete Aufteilung des Wirksamkeitsstatuts . . . . .	39
I. Zulässigkeit und Zustandekommen . . . . .	39
1. Zulässigkeit der Rechtswahl und Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .	39
a) Wahl von Kollisionsrecht . . . . .	39
b) Ordre public, De- und Prorogationsverbote . . . . .	40
2. Formanforderungen . . . . .	42
3. Konsens und Auslegung . . . . .	44
a) Vorliegen einer (objektiven) Einigung über eine Rechtswahl bzw. Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .	45
b) Auslegung einer wirksamen Rechtswahl bzw. Gerichtsstands- vereinbarung . . . . .	50
c) Erklärungsbewusstsein und Geschäftswille . . . . .	52
d) Sonstige Übermittlungsanforderungen an die Willenserklärungen . . . . .	56
4. Willensmängel und andere neutrale Nichtigkeitsgründe . . . . .	58
5. Rechtswahl- bzw. Prorogationsfähigkeit . . . . .	61
6. Stellvertretung . . . . .	65
a) Zulässigkeit der Stellvertretung . . . . .	65
b) Vertretungsmacht . . . . .	66

7. Änderung und Widerruf . . . . .	67
a) Zweiseitige vertragliche Rechtswahlen oder Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	67
aa) Änderung . . . . .	68
bb) Widerruf . . . . .	71
(1) Rechtswahl . . . . .	71
(2) Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .	72
cc) Zuständiges Gericht für die Prüfung der Wirksamkeit einer geänderten oder widerrufenen Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .	73
b) Erbrechtliche Rechtswahlen . . . . .	74
8. Consideration . . . . .	76
II. Allgemeine Inhalts- bzw. Missbrauchskontrolle . . . . .	77
III. AGB-Kontrolle parteiautonomer Gestaltungen . . . . .	79
1. Status quo der AGB-Kontrolle von parteiautonomeren Gestaltungen . . . . .	80
2. Die unterschiedliche Behandlung neutraler Einbeziehungs-voraussetzungen . . . . .	82
a) Problemstellung . . . . .	82
b) Autonome, neutrale Einbeziehungskontrolle bei Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	85
aa) Schutz vor Überraschungen . . . . .	85
bb) Harmonisierungsziele . . . . .	86
cc) Überraschungsschutz im Kollisionsrecht . . . . .	87
dd) Fazit zur autonomen Einbeziehungskontrolle bei Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	88
c) Ebenfalls autonome neutrale Einbeziehungskontrolle bei Rechtswahlen . . . . .	89
3. Autonome Inhaltskontrolle für Rechtswahlen und Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	94
a) Begründung der Zulässigkeit und Notwendigkeit einer autonomen Inhaltskontrolle . . . . .	94
b) Autonome Inhalts- bzw. Missbrauchskontrolle in der gerichtlichen Praxis . . . . .	98
4. Rechtswahlen und Gerichtsstandsvereinbarungen gegenüber Verbrauchern . . . . .	99
a) Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	99
b) Rechtswahlen . . . . .	100
5. Ergebnis zur Aufteilung der AGB-Kontrolle . . . . .	101
IV. Sprachrisiko . . . . .	101
1. Objektives Sprachrisiko . . . . .	102
2. Subjektives Sprachrisiko . . . . .	103
3. Sprachrisiko in AGB . . . . .	104

V. Sonstiges zur Struktur des Wirksamkeitsstatuts . . . . .	104
1. Das Wirksamkeitsstatut bei reinen Derogationsverträgen . . . . .	104
2. Zeitpunkt der Rechtswahl oder Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .	106
a) Zeitliche Beschränkungen der Parteiautonomie . . . . .	106
b) Relevanter Beurteilungszeitpunkt . . . . .	106
aa) Nationaler Teil des Prorogationsstatuts . . . . .	107
bb) Autonome Teil des Prorogationsstatuts . . . . .	109
3. Exkurs: Rechtsnachfolge und Bindungswirkung gegenüber Dritten . . . . .	109
4. Vertrauensschutz im Hinblick auf die Abschlussfähigkeit . . . . .	111
D. Vermeidung von <i>dépeçage</i> . . . . .	111
I. Kollidierende Rechtswahlklauseln oder Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	112
II. Teilrechtswahlen . . . . .	114
III. Änderung bzw. Widerruf . . . . .	114
IV. Wirksame Derogation und unwirksame Prorogation . . . . .	115
1. Prorogation eines mitgliedstaatlichen Gerichts . . . . .	115
2. Prorogation eines drittstaatlichen Gerichts . . . . .	116
V. Alternative bzw. reziproke Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	117
E. Die Wahl des Wirksamkeitsstatuts . . . . .	118
I. Schuld- und Familienrecht . . . . .	118
1. Rechtswahlen . . . . .	118
2. Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	119
II. Erbrecht . . . . .	120
3. Kapitel: Konkludenz und Auslegung: Der objektive Erklärungstatbestand . . . . .	121
A. Überblick . . . . .	121
B. Konkludente zweiseitige Rechtswahlen . . . . .	123
I. Regelung konkludenter Rechtswahlen in den unterschiedlichen europäischen Rechtsakten . . . . .	123
1. Rom I-VO . . . . .	123
a) (Deklaratorische) Zuordnungsfunktion . . . . .	124
b) Deutlichkeitsmaßstab . . . . .	124
aa) Materieller Deutlichkeitsmaßstab . . . . .	124
bb) Prozessualer Deutlichkeitsmaßstab . . . . .	128
c) Vermutungen und ergänzende Vertragsauslegung . . . . .	131
aa) Vermutungen – insbesondere aufgrund einer Gerichtsstands- vereinbarung . . . . .	131
(1) „Qui eligit iudicem, eligit ius“ – Ein Überblick . . . . .	131
(2) (Wirklich) keine Vermutung mehr in der Rom I-VO? . . . . .	133

(3) Strukturelle Untersuchung der Vermutung aufgrund einer Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .	135
(4) Fazit zu „Qui eligit iudicem, eligit ius“ . . . . .	143
bb) Ergänzende Vertragsauslegung . . . . .	144
cc) Zwischenfazit zu Vermutungen und hypothetischem Rechtswahlwillen . . . . .	147
dd) Spiegelung der Einbeziehungserleichterungen aus Art. 25 Abs. 1 S. 3 lit. b, lit. c Brüssel Ia-VO auf Rechtswahlen in der Rom I-VO . . . . .	147
d) Fazit zum Regelungsgehalt von „eindeutig“ (Art. 3 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 Rom I-VO) . . . . .	150
2. Rom II-VO . . . . .	151
3. Rom III-VO und EuGüVO . . . . .	152
4. HUP . . . . .	159
II. Gebräuchliche Indizien und ihre Überzeugungskraft . . . . .	160
1. Was muss überhaupt „indiziert“ werden? . . . . .	161
2. Zu den im Einzelnen diskutierten Indizien . . . . .	163
a) Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .	163
b) Schiedsvereinbarung . . . . .	168
c) Bezugnahme auf staatliche Normen . . . . .	169
aa) Allgemeine Bezugnahme . . . . .	169
bb) Bezugnahme auf technische Regelwerke und Vergleichbares . . . . .	173
cc) Bezugnahme auf das CISG . . . . .	176
dd) Construction clauses . . . . .	178
d) Unwirksamkeit des Vereinbarten . . . . .	179
e) Prozessverhalten . . . . .	179
f) Vertragspraxis der Parteien . . . . .	180
g) Sonstige Vertragsmodalitäten . . . . .	181
3. Fazit zu den Indizien . . . . .	182
4. Anknüpfung nach der offensichtlich engeren Verbindung gem. Art. 4 Abs. 3 Rom I-VO . . . . .	183
a) Akzessorische Anknüpfung an einen Hauptvertrag . . . . .	184
b) Sonstige Fälle der offensichtlich engeren Verbindung . . . . .	186
c) Fazit zu Art. 4 Abs. 3 Rom I-VO . . . . .	188
III. Auslegung einer bestehenden und wirksamen Rechtswahl . . . . .	188
1. Überblick . . . . .	188
2. Allgemeine Grundsätze der Auslegung . . . . .	190
3. Erstreckung einer Rechtswahl auf weitere Verträge . . . . .	191
4. Inhaltliche Reichweite . . . . .	192
IV. Ergebnisse zur Konkludenz bei zweiseitigen Rechtswahlen . . . . .	195
C. Konkludente Rechtswahlen nach der EuErbVO . . . . .	197
I. Grundlagen . . . . .	197

II. Auslegung und Indizien . . . . .	201
1. Allgemeines . . . . .	201
2. Die Unwirksamkeit einer Verfügung als Indiz und das Wesentlichkeitserfordernis . . . . .	203
3. Fazit zu den Indizien für hypothetische Rechtswahlen . . . . .	206
III. Wirksame Rechtswahl in einer unwirksamen letztwilligen Verfügung? . . . . .	207
IV. Konkludente Rechtswahl für das Errichtungsstatut nach Art. 24 Abs. 2 EuErbVO . . . . .	208
V. Konkludente Rechtswahl für das Errichtungsstatut nach Art. 25 Abs. 3 EuErbVO und Übergangsrecht gem. Art. 83 Abs. 2 EuErbVO . . . . .	213
1. Konstruktion konkludenter (bzw. hypothetischer) Rechtswahlen durch Abschluss bindender Erbverträge . . . . .	213
2. Konstruktion konkludenter Rechtswahlen nach Art. 25 Abs. 3 EuErbVO im Kontext des Art. 83 Abs. 2 EuErbVO . . . . .	216
a) Übergangsrechtliche Grundsätze . . . . .	216
b) Konsequenzen für die Annahme von Rechtswahlen . . . . .	219
VI. Die Fiktion einer Rechtswahl gem. Art. 83 Abs. 4 EuErbVO . . . . .	221
 D. Konkludente Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	 223
I. Überblick . . . . .	223
II. Konkludente schriftliche Gerichtsstandsvereinbarungen? . . . . .	223
III. Auslegung der Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	225
IV. Gerichtsstandsvereinbarungen aufgrund von Einbeziehungs- erleichterungen . . . . .	229
1. Dogmatische Struktur von Art. 25 Abs. 1 S. 3 lit. b, lit. c Brüssel Ia-VO . . . . .	229
2. Voraussetzungen von Art. 25 Abs. 1 S. 3 lit. b, lit. c Brüssel Ia-VO . . . . .	230
 4. Kapitel: Autonome AGB- und allgemeine Missbrauchskontrolle . . . . .	 235
A. Überblick . . . . .	235
B. Die autonome AGB-Kontrolle . . . . .	236
I. Überblick zur AGB-Kontrolle . . . . .	236
II. Allgemeine Kontrollgrundsätze . . . . .	236
1. Vorliegen von AGB . . . . .	236
2. Einbeziehungskontrolle . . . . .	237
a) Handelsverkehr . . . . .	237
b) Verbraucherverträge . . . . .	238
3. Inhaltskontrolle . . . . .	239
a) Handelsverkehr . . . . .	239
aa) Rechtswahlen . . . . .	241

bb) Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	243
b) Allgemeine Verbraucherverträge und Individualarbeitsverträge . . . . .	245
c) Beförderungs- und Versicherungsverträge . . . . .	246
III. Konkrete und spezifisch zugeschnittene Einbeziehungs- und Inhaltsanforderungen . . . . .	246
1. Transparenzgebot bei Rechtswahlklauseln gegenüber Verbrauchern und Arbeitnehmern . . . . .	246
a) Allgemeine Verbraucherverträge . . . . .	246
aa) Kritik . . . . .	247
bb) Entkräftung der Kritik? . . . . .	250
b) Informationspflicht bei Individualarbeitsverträgen . . . . .	252
c) Informationspflicht bei Beförderungs- und Versicherungsverträgen aa) Beschränkter Kreis an wählbaren Rechten . . . . .	254
bb) Beschränkte Wirkung der Rechtswahl . . . . .	255
d) Fazit zur Informationspflicht . . . . .	256
2. Asymmetrische Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	257
3. Kollidierende AGB . . . . .	261
4. Sprachrisiko . . . . .	262
IV. „Frei ausgehandelt“ in Art. 14 Abs. 1 lit. b Rom II-VO . . . . .	264
C. Allgemeine Inhalts- bzw. Missbrauchskontrolle . . . . .	267
I. Vertragsrecht . . . . .	267
II. Familien- und Erbrecht . . . . .	267
1. Art. 8 Abs. 5 HUP . . . . .	267
a) Einordnung dieses Missbrauchstatbestands im europäischen Kollisionsrecht . . . . .	267
b) Voraussetzungen von Art. 8 Abs. 5 HUP . . . . .	269
2. Rom III-VO, EuGüVO, EuUntVO, EuErbVO . . . . .	270
 5. Kapitel: Funktionsweise des Art. 25 Abs. 1 S. 1 HS. 2 Brüssel Ia-VO . . . . .	275
A. Überblick . . . . .	275
B. Die Logik der Gesamtverweisung in Art. 25 Brüssel Ia-VO . . . . .	276
I. Äußerer Entscheidungseinklang mit dem prorogierten Staat . . . . .	276
II. Der Konstruktionsfehler in Art. 25 Abs. 1 S. 1 HS. 2 Brüssel Ia-VO und die erst daraus resultierende Notwendigkeit einer Gesamtverweisung im europäischen Kontext . . . . .	279
III. Mitgliedstaatliches Kollisionsrecht . . . . .	281
C. Das Prorogationsstatut bei drittstaatlichen Prorogationen . . . . .	283
I. Anwendung von Art. 25 Brüssel Ia-VO auf drittstaatliche Prorogationen	283

II. Die Funktionsweise von Art. 25 Abs. 1 Brüssel Ia-VO bei drittstaatlichen Prorogationen . . . . .	284
1. Prüfung der Derogationswirkung . . . . .	284
2. Rechtsschutzlücken . . . . .	285
D. Verallgemeinerungsfähigkeit der Struktur des Prorogationsstatuts . .	286
1. Analoge Anwendung von Art. 25 Abs. 1 S. 1 HS. 2 Brüssel Ia-VO . .	286
2. Anwendbarkeit auf drittstaatliche Prorogationen . . . . .	288
3. Keine Übertragbarkeit von Art. 31 Abs. 2 Brüssel Ia-VO . . . . .	289
4. Fazit zur Struktur des Prorogationsstatuts außerhalb von Art. 25 Brüssel Ia-VO . . . . .	289
 Ergebnisse . . . . .	 291
 Literaturverzeichnis . . . . .	 293
Sachregister . . . . .	309